

**+ Gestern hat der Nationalrat...**

Der Nationalrat lehnte es mit 114:67 Stimmen ab, die Ausfuhrkontrollen im Güterkontrollgesetz zu verschärfen; das Zivildienstgesetz muss nach dem Willen des Rats nach knapp einem Jahr in Kraft bereits revidiert werden. Alarmiert durch die steigenden Gesuchszahlen und der befürchteten Schwächung der Armee hiess der Rat mit 98:70 Stimmen eine entsprechende Motion seiner sicherheitspolitischen Kommission gut; mit Roland Büchel (SVP, St. Gallen), Norman Gobbi (Lega, Tessin) sowie Paul-André Roux (CVP, Wallis) haben drei neue Nationalräte ihren Eid geleistet. Sie lösen Jasmin Hutter von der SVP, Attilio Bignasca von der Lega und Maurice Chevrier von der CVP ab.

**+ Gestern hat der Ständerat...**

Der Ständerat hielt daran fest, dass der Bundesanwalt künftig nicht mehr vom Bundesrat, sondern vom Parlament gewählt und von einem unabhängigen Fachgremium beaufsichtigt werden soll. Damit sind sich National- und Ständerat weiterhin uneinig: Der Nationalrat möchte, dass die Landesregierung den Bundesanwalt ernannt und auch die Oberaufsicht über die Bundesanwaltschaft ausübt.

# Die BDP wittert die grosse Verschwörung

**Die BDP steht in kantonalen Wahlen, etwa in Bern, vor einem Lackmustest. Im Wahlkampf sieht sich die junge Partei auch als Opfer von Intrigen und Verschwörungen der SVP.**

Von Tobias Gafafer

Bern. – Dieter Widmer ist aufgebracht. Am Wochenende wurden im Kanton Bern zahlreiche Wahlplakate der BDP zerstört. «So etwas habe ich noch nie erlebt», sagt der gestandene Politiker. In seiner Heimat, dem Oberaargau, habe es sich gar um einen «Saubannerzug» gehandelt. Wegen der «gezielten Aktion» will die BDP nun Anzeige gegen unbekannt erstatten. In den Tälern aber stehen die Schuldigen ohnehin fest, denn die Täter verschonten ausgerechnet die Wahlplakate der SVP. Die Aktion sei von «einer Partei» koordiniert worden, sagt BDP-Präsident Hans Grunder. Dies sei aber nicht die erste «Kampagne», um der BDP zu schaden.

Ob provinzielles Vorwahlgeplänkel oder Auswuchs des Vandalismus – der Zwischenfall sagt viel über das Selbstverständnis der BDP. Auch bald zwei Jahre nach der Spaltung hat sich das Verhältnis zwischen BDP und SVP

nicht normalisiert. Vielmehr kämpfen beide mit harten Bandagen, umso mehr als in Bern oder Graubünden kantonale Wahlen bevorstehen, die als Lackmustests gelten. Nicht zum ersten Mal sieht sich die BDP dabei als Opfer einer Attacke der SVP – oder gar von Intrigen und Verschwörungen.

**Komplott-Vorwürfe an Zürcher SVP** Dabei gibt es viele Theorien. Die jüngste stammt vom Bündner BDP-Präsident Marcus Hasler. Hinter Enthüllungen zum Fall des verstorbenen Bündner Polizeikommandanten Markus Reinhardt witterte er eine «konzertierte Aktion der Zürcher Medien und der SVP». Mangels Sachthemen missbrauche die SVP den Fall des alkoholkranken Reinhardts, der sich am World Economic Forum (WEF) das Leben nahm, für den Wahlkampf.

Auch im Kanton Bern sorgte im vergangenen Sommer eine Enthüllung für Aufsehen. BDP-Regierungsrat Urs Gasche kam wegen eines goldenen Fallschirms für einen Chefbeamten unter Druck. BDP-Exponenten vermuteten im Gespräch mit der «Südostschweiz», dass SVP-Kreise brennende Dokumente dem «Sonntagsblick» zugespielt hätten, um Gasche zu schaden. Denn der beliebte Regierungsrat war ein Aushängeschild seiner Partei;

die Wiederwahl galt praktisch als gesichert, wäre er nochmals angetreten. Diese These hat sich trotz einer Untersuchung bis heute nicht erhärtet. Die SVP heizte aber die Gerüchteküche an, indem sie sogleich den Rücktritt von Gasche forderte – welchen sie vor der Spaltung ständig gelobt hatte.

Im BDP-Lager grassieren freilich auch gewagtere Verschwörungstheorien – etwa jene zur Verhaftung von Regisseur Roman Polanski. So sagte Hans Grunder im Januar in einem Interview mit der «Mittelland-Zeitung»: «Die Vermutung, dass die Verhaftung Polanskis eine Falle hätte sein können, die Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zu Fall bringen sollte, ist nicht ganz abwegig.»

**Die SVP nimmt es gelassen**

Die SVP ihrerseits weist solche Komplott-Vorwürfe zurück. «Die BDP versucht einmal mehr, ein Mitleidsszenario aufzubauen», sagt der Berner Nationalrat und SVP-Vizepräsident Adrian Amstutz. Noch vor zwei Jahren witterte gleichwohl auch die SVP die grosse Verschwörung. Es war die heutige BDP-Magistratin Widmer-Schlumpf, welche den Vorwurf einstecken musste, im Zuge der Abwahl Christoph Blochers aus dem Bundesrat mit der Linken intrigiert zu haben.

KOMMENTAR

## EIN STRENGES GESETZ ALLEIN REICHT NICHT

Von Simon Fischer

**Am Sonntag entscheidet** das Stimmvolk, ob die Kantone dazu verpflichtet werden sollen, Tieranwälte einzusetzen. Die Gegner der vom Schweizer Tierschutz lancierten Volksinitiative «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere» sind zahlreich. Ausser SP und Grünen empfehlen alle grossen Parteien und die Mehrheit des Parlaments, die Vorlage abzulehnen. Der Bundesrat bezeichnet die Initiative als überflüssig und überholt, weil die Schweiz bereits heute über eines der strengsten Tierschutzgesetze der Welt verfüge.



Weitere Infos: [www.suedostschweiz.ch/dossier](http://www.suedostschweiz.ch/dossier)

**Zu Recht monieren** die Befürworter der Initiative aber, ein strenges Gesetz sei nutzlos, wenn es nicht konsequent durchgesetzt werde. Tatsächlich sprechen die Zahlen für sich: Im Jahr 2008 wurden im Kanton Zürich, wo es seit 1992 den einzigen Tieranwalt der Welt gibt, 190 Tierschutzstraffälle untersucht. Das Schlusslicht der Statistik bildet der Kanton Wallis. Dort wurde nur ein einziger Fall strafrechtlich weiterverfolgt. In den meisten anderen Kantonen lässt sich die Zahl der untersuchten Fälle an einer Hand abzählen. Wie die Gegner der Initiative betonen, hätten die Kantone bereits heute die Möglichkeit, Anwälte einzusetzen, die das Tier vor Gericht vertreten. Doch sie tun es nicht – auch in Zürich war Anfang der Neunzigerjahre eine Volksabstimmung nötig, um dem Pionierprojekt zum Durchbruch zu verhelfen.

**Die Ursachen** für die frappanten Unterschiede bei der Zahl verfolgter Tierschutzstraffälle sind unterschiedlich. Tierschützer kritisieren einerseits, in manchen Kantonen würden Tierquälereien noch heute als Kavaliersdelikte behandelt. Vor allem aber fehlt es den Behörden an qualifiziertem Fachpersonal, das sich im Tierrecht gut auskennt. Genau deshalb ist die Einsetzung von spezialisierten Tieranwälten sinnvoll. Nicht nur den Tieren zuliebe, sondern vor allem, weil damit dem an sich guten Schweizer Tierschutzgesetz endlich Genüge getan würde.

[sfischer@suedostschweiz.ch](mailto:sfischer@suedostschweiz.ch)

# Hannibal Gaddafi zeigt sich versöhnlich



Überraschendes Ereignis: Hannibal Gaddafi (links) trifft den gefangen gehaltenen Max Göldi im Gefängnis.

Bild Sabri Elmehdawi/Keystone

**Hannibal Gaddafi hat gestern den in Tripolis inhaftierten Schweizer Max Göldi im Gefängnis besucht. Wegen Hannibals Festnahme in Genf 2008 war der Streit zwischen Libyen und der Schweiz entbrannt.**

Tripolis. – «Es ist mir eine Ehre, dass Hannibal Gaddafi mich besucht, und ich hoffe, dass er seinen Einfluss nutzen kann, um mir in meiner Situation zu helfen», sagte der in der libyschen Hauptstadt Tripolis gefangen gehaltene Max Göldi gestern bei dem Treffen gegenüber Journalisten. Er hoffe auch, dass die Justiz ihre Arbeit machen werde und dass sich einige Dinge verbesserten. «Ich bin seit 19 Monaten von meiner Familie getrennt und möchte so schnell wie möglich nach Hause zurück», sagte Göldi weiter. Laut einem Journalisten der Nach-

richtenagentur Reuters wirkte der inhaftierte Schweizer entspannt und lächelte während des Treffens.

Auf die Frage, welche Forderungen an die Schweizer Regierung stelle, sagte Göldi: «Die Schweiz muss Hannibal Gaddafi das Recht zugestehen, von seinem Recht Gebrauch zu machen.» Die Veröffentlichung von Hannibals Polizeifotos in der «Tribune de Genève» sei «inakzeptabel» und «gegen das Gesetz». Anschliessend setzten die beiden ihr Gespräch unter vier Augen fort. Göldis Anwalt Salah Zahaf ergänzte, Hannibal Gaddafi habe seinem Mandanten erlaubt, seine Mutter in der Schweiz anzurufen, die gestern Geburtstag hatte.

**«Ein gutes Zeichen»**

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International wertete es als «gutes Zeichen», dass sich weitere Personen aus der Familie Gaddafi für eine Lösung in der Affäre einsetzen. Bislang

sei es insbesondere Hannibals Bruder Saif el Islam el Gaddafi gewesen, der sich persönlich eingesetzt habe, heisst es in einer Stellungnahme. Amnesty International betrachtet Göldi als «Gewissensgefangenen», der nur wegen seiner Nationalität im Gefängnis sitzt: Als Reaktion auf die vorübergehende Festnahme Hannibal Gaddafis in Genf wurde Göldi zusammen mit Rachid Hamdani in Tripolis festgenommen. Während Göldi am 23. Februar eine viermonatige Haftstrafe wegen angeblicher Visavergehen antrat, durfte Hamdani in die Schweiz ausreisen.

**Begnadigungsgesuch geplant**

Amnesty International forderte die libyschen Behörden gestern erneut auf, auch Göldi umgehend freizulassen. Der schnellste Weg für eine Freilassung sei eine Begnadigung. Das Gesuch für diese Begnadigung sowie einen Rekurs gegen Göldis Verurteilung wollten die Anwälte des Schweizer in diesen Ta-

gen bei der libyschen Justiz einreichen. Für den Fall, dass der Oberste Rat dem Begnadigungsgesuch nicht stattgeben sollte, wollten Göldis Verteidiger zudem ein Gesuch um Reduktion der Haftstrafe einreichen. Damit wollen sie erreichen, dass die rund 70 Tage, die Göldi bereits in libyschen Gefängnissen verbracht hat, von der viermonatigen Haftstrafe abgezogen werden.

**Demonstration vor der Botschaft**

Unterdessen demonstrierten gestern rund 1000 Demonstranten vor der Schweizer Botschaft in Tripolis, wie die italienische Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Die wütende Menge skandierte «Dschihad» (Heiliger Krieg) gegen die Schweiz. Rund 200 Polizisten zogen einen Sicherheitsgürtel rund um die Botschaft. Aufgerufen zur Demonstration hatten die Revolutionären Volkskomitees Libyens. Sie wollten damit Gaddafis Aufruf Nachdruck verleihen. (sda)

## Keine Verschärfung der Ausfuhrregelung

Bern. – Die Neuregelung des Güterkontrollgesetzes ist vom Tisch. Der Nationalrat folgte gestern dem Ständerat und trat auf die vom Bundesrat nach der Pilatus-Affäre vorgeschlagene Gesetzesrevision nicht ein.

Weil im Jahr 2006 ein ausgeführtes Pilatus-Trainingsflugzeug des Typs PC-9 unerlaubt im Darfur-Konflikt eingesetzt worden war, wollte der Bundesrat die Ablehnungskriterien im Güterkontrollgesetz verschärfen. Er wollte den Export von Gütern verweigern, wenn wesentliche Interessen der Schweiz auf dem Spiel gestanden hätten. (sda)